

Familienartikel = FAMILIENpolitik ?

Die Hausfrauen- und Hausmännergewerkschaft verzichtet auf eine Parole zum vorgeschlagenen Familienartikel über den am 3. März abgestimmt wird. Sie macht sich dazu aber einige grundsätzliche Überlegungen.

Die meisten Personen erachten ihre Familie als das Wichtigste in ihrem Leben. Eltern möchten ihre Betreuungsverantwortung selbst übernehmen und ihre Zeit Familienangehörigen widmen. Diesem Bedürfnis stehen sowohl individuelle Entwicklungsbedürfnisse und Interessen, als auch ökonomische Gründe gegenüber.

Wen also unterstützt der neue Familienartikel?

Der Familienartikel unterstützt vor allem

- die vollzeitliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile
- die Arbeitgeber, weil sich diese weniger auf die Bedürfnisse von Familien einstellen müssen
- die Wahlfreiheit sehr gut ausgebildeter Frauen
- die staatlich regulierte Kinderbetreuungsindustrie

Was ist mit den Familien die ihre Kinder NICHT fremd betreuen lassen wollen ?

In der Debatte über den Familienartikel geht es hauptsächlich um das Thema Fremdbetreuung. Dabei wurde v.a. auf die zu erwartenden steuerlichen - je nach Sichtweise - Mehreinnahmen durch Mehreinkommen bzw. Mehrkosten und die angeblich verschwendeten Ausbildungskosten von Frauen verwiesen.

Das Kindeswohl, die Beziehung von Eltern und Kindern, das veränderte Rollenbild des Mannes, der Bedarf an qualifizierten und adäquat bezahlten Teilzeitstellen, ein erweitertes Karriereverständnis sowie die Familie als Fundament der Gesellschaft wurde dabei höchstens am Rande behandelt.

Es wurde ausser Acht gelassen, dass viele Eltern (Frauen UND Männer) gar nicht 100% erwerbstätig sein möchten. Sie wollen ihre Verantwortung ihren Kindern gegenüber wahrnehmen, werden darin aber mit der heutigen Politik nicht konkret unterstützt.

Hilfreich wären mehr qualifizierte Teilzeitstellen und die Abkehr vom klassischen Karriereverständnis. Familienbetreuung sollte kein Hinderungsgrund sein beim beruflichen Wiedereinstieg.

Ist Kinderbetreuung tatsächlich Privatsache?

Familien befinden sich nicht in einem, von der Aussenwelt losgelösten "Kokon". Die Gesellschaft hat ein berechtigtes Interesse daran, dass die zukünftigen Generationen anständig betreut und ausgebildet sind sowie minimale gemeinsame Werte vermittelt werden. Eine fehlende oder inadäquate Kinderbetreuung schädigt somit auch die Gesellschaft.

Das Thema "Kinderbetreuung" ist genauso privat oder eben nicht, wie etwa das Thema "Alter und Altenpflege".

Es ist ebenfalls anzuerkennen, dass sich die familiären Rahmenbedingungen verändert haben. Eltern möchten oder müssen einer Erwerbsarbeit nachgehen. Kinder können nicht mehr überall stundenlang unbeaufsichtigt spielen. Das engere Beziehungsnetz befindet sich oftmals nicht in der Nähe und fällt als Betreuungsersatz aus. Arbeits- und Wohnort sind heutzutage weit auseinander. Es ist richtig, dass Gesellschaftliche Entwicklungen von der Politik berücksichtigt werden.

Braucht es diesen neuen Familienartikel?

Der Fokus dieses Artikels liegt eindeutig auf der Förderung externer Kinderbetreuung. Seit bald 10 Jahren werden mit Hilfe der Anschubfinanzierung des Bundes familienergänzende Betreuungsangebote geschaffen. Gemeinden subventionieren ebenfalls zu einem grossen Teil solche Einrichtungen und berücksichtigen dabei die familiäre und finanzielle Situation der jeweiligen Familien. Die heutige Situation ist mit der vorherigen nicht zu vergleichen.

Heutzutage ist ein vielfältiges Betreuungsangebot vorhanden. Eltern können den familiären Bedürfnissen entsprechend wählen, zwischen Waldkindergarten, privater Nanny, zweisprachigem Kinderhort etc. Durch zusätzliche Vorschriften und Auflagen wird es privaten Anbietern erschwert den Bedarf der externen Kinderbetreuung abzudecken. Private und gemeinschaftlich organisierte Initiativen könnten verschwinden.

Was kostet die externe Kinderbetreuung?

Die möglichen Folgekosten und deren Finanzierung werden weder konkretisiert noch beziffert. Es ist aber offensichtlich, dass Kinderbetreuung immer einen Preis hat (Zeit, Geld, Verzicht, Energie,...).

Es ist anzunehmen, dass die Kosten staatlich bereitgestellter Kinderbetreuung durch eine Erhöhung von Steuern (z. B. Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer) abgedeckt würden. Dies würde wiederum die niedrigen und mittleren Einkommen überproportional belasten. Zudem bleibt die Steuerprogression bei Doppelverdienern weiterhin bestehen.